

G.tt, die Welt und dieses kleine Land

Österreichs erstes Nach-Shoah-Museum wird heuer 40. Weil dieses im Burgenland steht, wird dort halt allerhand über G.tt zu reden sein müssen. Denn das Burgenland war ein sehr gläubiger Landstrich.

Wolfgang Weisgram

Eisenstadt/Asch – Dass Österreichs erstes jüdisches Nachkriegsmuseum ausgerechnet in Eisenstadt, das auch einen hebräischen Namen trägt – die Initialen von Aisenstadt, Aleph und Shin – daheim ist und nun den Vierziger feiert, ist kein Zufall. Weil sich erstens, so hört man es bis heute drunten in Mattersdorf, in Jerusalem also, sowieso die Frage stellt: „Was, bitte, war denn Wien? A Vorort von Aisenstadt.“ Natürlich ließe sich darauf einiges erwidern, und einige haben das auch getan, was aber nichts am zweiten Grund ändert: dem Sitzfleisch.

Kurt Schubert, der legendäre Doyen heimischer Judaistik, hat sich nämlich ins Burgenland verliebt gehabt. Oder in Fred Sinowatz. Oder in den burgenländischen Wein. Oder in beides. Jedenfalls ergab, Glas für Glas, ein Wort das andere, sodass am Ende man – Schubert und Landesrat, später Unterrichtsminister, noch später Bundeskanzler Sinowatz – übereinkam: Mach ma's! Johannes Reiss, Direktor in Eisenstadt, sagt trocken: „Sinowatz war einer, der hat's kapiert. Das Dumme dabei ist – das sagt nicht Reiss, das denkt sich bloß DER STANDARD –, dass dieses Kapieren bis heute nicht wirklich funk-



Am Sabbath muss a Ruh sein! Also wurde die Hauptstraße in Eisenstadt-Unterberg gesperrt. Dort, wo die Männergruppe (rechts) steht, ist heute das Jüdische Museum daheim. Foto: ojm

tioniert. Es gab und gibt angeblich wirklich Leute, die dem Eisenstädter Museum Altbackenheit vorwerfen, weil man sich dort weniger mit dem jüdischen Alltag, mehr mit dem Festtag beschäftigt. Statt etwa Gott G.tt schreibt. (2. Gebot: Du sollst den Namen des Herrn nicht verunehren!) Der Goi Johannes Reiss lachelt zu so was beinahe wie ein Rabbiner. „An Freud hat's im Burgenland nicht gegeben. Wir da waren berühmt für die Rabbis.“

Tatsächlich ist die jüdische Geschichte des Burgenlandes eine

recht einzigartige. Nicht nur in österreichischer Zeit. Die Judengemeinden des späteren Burgenlandes sprachen – anders als anderswo – immer Deutsch. Als sie österreichisch wurden, bemerkten die Rabbis, dass in Wien eher die Sünder daheim waren, weshalb das Burgenland eine eigene Kultusgemeinde ins Leben rief.

Gläubiger Alltag

Dass sich das Eisenstädter Museum also hauptsächlich mit der Religion und weniger mit dem sogenannten Alltag beschäftigt, hat

darin eben seinen Grund. Johannes Reiss: „In den burgenländischen Gemeinden war die Religion halt der Alltag.“ Bis hin zum sogenannten Schulklopper, der von Haus zu Haus ging und mit dem Klopfen seines Holzhammers die Menschen in die Schul' – den Tempel, die Synagoge – rief.

„Apropos“, sagt Johannes Reiss, „wir haben hier im Wertheimerhaus wahrscheinlich die einzige überlebte Synagoge des Landes.“ Überlebt hat sie deshalb, weil es eine private Einrichtung war. Simon Wertheimer, Rabbi

nach der leopoldinischen Vertreibung aus Wien 1670, hat die Eisenstädter Gemeinde sozusagen als Notär begründet. Zuletzt war dieses Haus – so wie im Übrigen auch jenes, in dem das Landesmuseum untergebracht ist – im Besitz der Familie Wolf, die zu den wirklich großen ungarischen, später burgenländischen Weinhändlern gehörte.

„Reichskristallnacht“

Zum 40. Geburtstag wird das Museum, erzählt Direktor Reiss, sich das eine oder andere Geschenk selber machen. Es wird eine Art Outdoor-Ausstellung geben. Nicht im Sinn der auf die – darf man das jetzt so sagen, wenn auch unter Anführungszeichen – „Reichskristallnacht“ Bezug nehmenden Stolpersteine, aber doch davon inspiriert. „Bei den Novemberpogromen hat es ja keine Juden mehr gegeben im Burgenland.“ Erstaunlich, aber so war es halt: Des Irrsinns erste Station war, wider alle Wahrscheinlichkeit, im Burgenland.

Die zweite Geschichte, die Johannes Reiss im Auge hat, ist ein Reiseführer durchs jüdische Burgenland. Denn das merkt er schon auch: „Die Kinder der Vertriebenen waren wenig ansprechbar. Die Enkel aber sehr wohl.“

Burgenlands Politik und Tourismus hat das noch nicht ganz „kapiert“. „Kapiert“ nicht allein in dem Sinn, dass das eventuell ein touristisches Geschäftsmodell sein könnte. Eigentlich, so meint das auch Johannes Reiss, ginge es um einen selbst. „Ob man die Haredi im Jerusalemer Kirayat Mattersdorf schätzt oder nicht, ist eigentlich egal.“ Fürs Burgenland sei es wichtig, dass die hier heute Burgenländer sind. „Das ist nicht deren, es ist unsere Geschichte.“

www.ojm.at

Gemeindeübergreifende Raumplanung in Vorarlberg nur Vision

Bregenz – Knapp 3,3 Millionen Euro investierte das Land in das Projekt „Vision Rheintal“. Aus dem Beteiligungsprozess sollte ein Raumplanungsleitbild für die 29 Rheintal-Gemeinden entstehen. Der Landesrechnungshof schaute sich die Vision genauer an und kam zum Schluss, dass man seit 2004 über die Vision nicht hinausgekommen ist. Direktor Herbert Schmalhardt: „Es wurden 80 Leitsätze und 50 Projektideen entwickelt, aber nichts umgesetzt.“ Es fehle an Strategien zur Realisierung und an konkreten Zuständigkeiten. Das Land müsse die Entwicklung der Gemeinden konsequenter mitsteuern. Eine Kompetenzübertragung von den Gemeinden auf das Land „wird es aber nicht spielen“, sagt Schmalhardt.

Die Opposition sieht sich durch die Prüfung in ihrer Kritik bestätigt. Das Land müsse Förderungen an die Bereitschaft zu Gemeindekooperationen binden, fordert FPÖ-Klubobmann Dieter Egger. Grünen-Chef Johannes Rauch: „Was ein kräftiger Anlauf gegen Zersiedelung, Flächenfraß und Kirchturndenken war, ist am politischen Unwillen gescheitert.“

Neuwahlen in Warth

Wie sensibel das Thema Raumplanung ist, zeigen jüngste Ereignisse in Warth: In der Tourismusgemeinde trat am Donnerstag die gesamte Gemeindevertretung zurück. Bürgermeister Gebhard Fritz nennt unüberbrückbare Widerstände gegen das räumliche Entwicklungskonzept als Grund. Neuwahlen müssen in den nächsten drei Monaten stattfinden. (jub)

Wiens Clubkultur boomt trotz der Krise

Pratersauna als Tanztouristen-Magnet, Betreiber wollen dennoch gefördert werden

Fabian Kretschmer

Wien – Donnerstag um halb zwei Uhr nachts im Prater. Das Areal wirkt geisterstadtartig verlassen. Nur die Pratersauna widersetzt sich hartnäckig der Nachtruhe. Vor dem angesagtesten Technoclub der Stadt steht eine Schlange von 100 Partyhungrigen. Drinnen tanzen 1000 Leute zu einem immer wiederkehrenden Loop aus tiefen Bässen. Der Star der Nacht ist ein DJ, seine Instrumente zwei Plattenspieler und ein Mischpult.

Vom Berliner Musikmagazin *De:bug*, der Szene-Bibel für elektronische Musik, wurde die Pratersauna nun zum zweiten Mal in Folge zum zweitbesten Club gewählt. Das Gebäude wurde in den 60ern als Sauna erbaut, in der einst Wiens High Society vom Bürgermeister bis zum Polizeipräsidenten zusammen schwitzte. Später traf sich hier die Unterwelt, bis in den 80ern aus der Sauna angeblich ein Swingerclub wurde.

Das knapp 3000 Quadratmeter große Areal mit Garten und Pool ist mangels Anrainern die ideale Party-Location. Als das Gebäude 2008 zur Vermietung stand, bekamen Stefan Hiess und Hennes Weiss den Zuschlag – und so wurde aus der Sauna ein Technoclub.

Begonnen haben die Studienfreunde mit „Off-Parties“, spontanen Treffen mit Eingeweihten im öffentlichen Raum, mit Musik und Tanz und Feiern bis in den Morgen. Die wilden Zeiten sind freilich vorbei. Heute beginnt für die Clubbetreiber der Tag meist mit Excel-Tabellen, Telefonaten und Buchhaltung.

„Dass die Clubkultur so boomt, hat sicher auch mit Eskapismus zu tun“, meint Max Zeller alias DJ Moog. Die Clubkultur schätzt er als „alternativen Gesellschaftsentwurf“, in dem keine sozialen Unterschiede gemacht würden. Dank der gelockerten Sperrfristregelung und dem 24-Stunden-Betrieb der U-Bahn am Wochenende ist

Wiens Clubkultur vielfältig wie nie zuvor. Diese Szene fördern Hiess und Weiss: Im Rahmen des „Made in Austria“-Festivals treten im Februar nur österreichische Künstler in der Pratersauna auf.

Von der Stadt Wien fühlen sich die beiden aber im Stich gelassen. Schließlich, so argumentieren sie, bescherten sie Wien jede Menge Touristen, bekamen aber dafür keine Fördergelder. Tatsächlich kommen dank Billigfluglinien immer mehr Partyreisende übers Wochenende nach Wien, um im Nachtleben abzutauchen. „Das ist ein Wirtschaftsfaktor, der in Wien total vernachlässigt wird“, sagt Weiss. In Berlin sei das anders, da würden die Clubs als Wirtschaftsfaktor sehr wohl erkannt.

Ganz so sieht das Lutz Leichsenring, Sprecher des Interessenverbands der Berliner Clubbetreiber, nicht. In der Berliner Club-Branche, die jährlich eine Milliarde Euro Umsatz mache und 100 Millionen Euro an Steuern zahle, wolle man zwar keine direkten Subventionen, weil „damit meist inhaltliche Einflussnahme einhergeht“. Allerdings: Der Staat solle die Szene „strukturell fördern“, regt Leichsenring an. Schließlich müsse ein Club auf dem Immobilienmarkt mit finanzkräftigen Einkaufszentren und Wohnbau-Gesellschaften konkurrieren.

Davon können die Pratersauna-Betreiber auch ein Lied singen: Sie mussten bei ihrer Location mit einem Fitnessclub und einem „Gas-trottempel“ konkurrieren – und bekamen den Zuschlag nur, weil der Sohn des Eigentümers ein Fan ihrer Technopartys war.



Pratersauna mit musikalischem Österreicher-Schwerpunkt: ein Magnet für Europas Partyvolk. Die Betreiber fühlen sich von der Stadt „im Stich gelassen“. Foto: Farkasch

Königshofer: Üble Nachrede rund um Neonazi-Homepage

Innsbruck – Der ehemalige FPÖ-Nationalrat Werner Königshofer ist Freitagvormittag am Landesgericht wegen übler Nachrede – nicht rechtskräftig – schuldig gesprochen worden. Er hatte in einem *Falter*- und einem STANDARD-Artikel im März 2011 den damals ermittelnden Kriminalbeamten und Datenforensiker Uwe Sailer beschuldigt, codierte E-Mails und Texte an die mittlerweile vom Netz genommene Neonazi-Homepage *Alpen-Donau.info* geschickt zu haben. Sailer beschäftigt sich seit Jahren

GERICHT

mit Verbindungen der FPÖ zur rechtsradikalen Szene und zur Website *Alpen-Donau.info*. Der Kripo-Beamte sagte vor dem Richter, er sei nicht Inhaber jenes Accounts, von dem die codierten Texte versendet wurden. Daher könne er sie auch nicht verschickt haben. Königshofer selbst erklärte vor Gericht immer wieder, es sei unmöglich, dass mit „Stasi-Methoden“ gegen ihn vorgegangen worden sei, dass „ein Polizist einem Nationalratsabgeordneten nachspitzelt“.

Der Rechtsstreit zwischen Königshofer und Sailer zieht sich. Sailer erklärte, er sei 2009 von der FPÖ zur Persona non grata erklärt worden. Mehrmals sei seine Suspendierung gefordert worden. Er habe sogar „einen Strick zugeschickt bekommen“ mit der Aufforderung, „sich selbst zu entsorgen“. Königshofer – mittlerweile aus der FPÖ ausgeschlossen – wurde zu einer bedingten Geldstrafe von 5000 Euro verurteilt, Sailer bekommt 6000 Euro. (ver)